

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bei teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturzen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Erschint wöchentl. 5 mal. / Bes. spreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 35

Altensteig, Mittwoch den 12. Februar 1930

53. Jahrgang

Ergebnis der Fraktionsübungen

Klappen vor dem Youngplan — Kassensanierung und Finanzreform — Forderungen der Volkspartei — Wünsche des Zentrums

Berlin, 11. Februar. In der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion wurden am Montag die Probleme des Youngplanes ausführlich besprochen. Als Redner der Fraktion bei der ersten Lesung des Youngplans im Reichstag wurde Dr. Dernburg bestimmt. Nachmittags hat sich die Fraktion mit dem Finanzprogramm, dem Republiksschutzgesetz und den übrigen schwebenden politischen Fragen beschäftigt.

An der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm der wiedergewählte Parteivorsitzende Reichsminister a. D. Dr. Scholz zum ersten Male wieder teil. Die Gläubiger der Fraktion brachte Geheimrat Professor Dr. Kahl zum Ausdruck. Dr. Scholz dankte und gedachte dann des verstorbenen Reichsministers Dr. Stresemann, dessen Außenpolitik die Fraktion nicht nur aus Gründen der Pietät, sondern aus Überzeugung bei ihrer Stellungnahme zu den Younggesetzen vertritt. Dann trat die Fraktion in eine eingehende Besprechung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens ein. Den Hauptbericht erstattete Reichsaussenminister Dr. Curtius, während über die finanzielle Seite des Vertrags Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer sprach. Bei der ersten Lesung der Younggesetze im Reichstag wird für die Fraktion Abgeordneter Schr. v. Rheinbaben sprechen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte in ihrer mehrstündigen Sitzung zum Ausdruck, daß die Hauptaufgabe auch jetzt in dem völligen Ausgleich der Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden, und der Aufrechterhaltung ihrer sozialpolitischen Verpflichtungen besteht. Wenn zur Erreichung dieses Zweckes Steuererhöhungen unvermeidlich sind, so darf bei ihnen der soziale Gesichtspunkt nicht außer Acht gelassen werden, und es müssen alle Schichten des Volkes je nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es notwendig sei, im Jahre 1930 die Reichsschuld um 600 Millionen zu senken, ob nicht vielmehr die Abdeckung von 450 Millionen nach der Vorschrift des Schulden Tilgungsgesetzes genüge. Die Deckung der Fehlbeträge der Arbeitslosenversicherung sei am besten durch die Erhöhung der Beiträge auf vier Prozent und durch die Gewährung eines festen Reichszuschusses zu erreichen. Eine Zwangsanleihe des Reiches bei der Sozialversicherung für die Arbeitslosenversicherung begegnet den allerhöchsten Bedenken.

Die Fraktionen des Reichstags wurden am Montag erst in späten Abendstunden mit ihren Beratungen fertig. Im Vordergrund stand im allgemeinen die Beantwortung der Frage, ob es möglich sein wird, bindende Verpflichtungen über die Finanzreform, die über die augenblicklichen Haushaltsorgen hinausgehen dürften, jetzt in der kurzen Zeit bis zur Verabschiedung des Youngplanes einzugehen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich in erster Linie mit dem Problem der Sanierung der Reichsfinanzen. In Übereinstimmung mit dem Fraktionsvorstand will die Fraktion der Reichsregierung mitteilen, daß nach einmütiger Auffassung der Zentrumsfraktion die mit dem Youngplan zusammenhängenden Gesetze erst verabschiedet werden können, wenn gleichzeitig die zur Sanierung der Reichsfinanzen erforderlichen Vorlagen erledigt werden. Das Zentrum erwartet also diese Entscheidung vor der dritten Lesung des Youngplanes.

Die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten sind offenbar der gegenteiligen Ansicht, erstere aus dem Grunde, weil sie die zur Verfügung stehende Frist nicht für ausreichend hält und weil sie ganz allgemein aus geschichtlichen Gründen glaubt, daß man die Ordnung der Reichsfinanzen nicht in so kurzer Frist übers Knie brechen kann. Einerseits wird die Volkspartei nach wie vor darauf bestehen müssen, daß in einem großzügigen Finanzplan, der über den Haushaltsvoranschlag hinausreicht, auch gewisse Bindungen eingegangen werden müssen, um die von der Volkspartei schon lange geforderte Steuerentlastung, die ja auch von den übrigen Parteien zugesichert worden ist, wenigstens gegen Ende des Jahres einleiten zu können. Auf der anderen Seite hält sie mit vollem Recht an dem Gesichtspunkt fest, daß ohne Regelung des Finanzausgleichs mit den Ländern, der sich schon etwas in dem Rahmen der Reichsreform bewegen möchte, eine Finanzreform auch nicht durchführbar sein wird. Zu diesem Zweck sind zunächst einmal die Finanzminister der Länder auf Freitag dieser Woche zu einer Besprechung beim Reichsfinanzminister nach Berlin gebeten worden.

An Einzelfragen sind mit den verschiedenen Fraktionen noch gewisse Steuervorschläge und die Regelung der Arbeitslosenversicherung besprochen worden. Die Sozialdemokraten dürften der vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Versicherungsgemeinschaft der drei Sozialversicherungen (Reichsanzalt, Invaliden- und Angestelltenversicherung) nicht mehr so ablehnend wie bisher gegenüberstehen, da diese Versicherungsgemeinschaft nach den neuesten Erklärungen des Reichsfinanzministers diesen Namen nicht mehr zu Recht trägt, denn das Reich hat bereits seine Beitrittswilligkeit durch die Ausgabe von Anleihen für Kredite, die von der Angestellten- und Invalidenversicherung an die Arbeitslosenversicherung gegeben werden sollen, zu übernehmen.

Um hier zu einer Lösung zu kommen, dürfte von der demokratischen Seite aus der Vorschlag gemacht werden, daß von den 750 Millionen Mark noch vorhandenen Eisenbahnvorzugsaktien 250 Millionen der Invaliden- und Angestelltenversicherung überlassen werden, so daß diese dann in die Lage gesetzt sind, der Arbeitslosenversicherung einen Kredit zu gewähren, oder aber das Reich verkauft die genannte Summe an Aktien an die beiden Versicherungen und gibt aus dem Gegenwert der Arbeitslosenversicherung ein Darlehen oder einen Zuschuß. Diese Frage ist noch nicht geklärt. Das Darlehen jedenfalls müßte sehr langfristig sein, weil man vor drei bis vier Jahren nicht mit einer Besserung der Lage des Reichshaushalts rechnet. Es ist bekannt, daß 1932 durch den Geburtenausfall während des Krieges eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten soll, die sich aber erst 1933 und 1934 auswirkt.

Die Demokraten stehen weiter auf dem Standpunkt, daß eine doppelte Biersteuer zweckmäßiger sei als die Umsatzsteuer, daß aber die letztere, wenn sie nicht zu umgehen ist, befristet sein müsse. In der demokratischen Fraktion wird der Zentrumsvorschlag begrüßt. Allerdings sind sich die Demokraten auch im Zweifel darüber, ob es möglich sein wird, die durchgreifende Finanzreform zu dem vom Zentrum geforderten Zeitpunkt parlamentarisch zu machen. Am Dienstag um 10 Uhr findet eine Be-

Kurze Uebersicht

Im Reichstag wurde die Aussprache zum Youngplan und den fünf dazugehörigen Gesetzen von Reichsminister Dr. Curtius eingeleitet.

Der Führer der Rechtsopposition, Geheimrat Jurgensberg, wurde im Reichstag anlässlich noch zu keiner Einigung bei seiner Rede gestört, konnte jedoch seine scharfe Ablehnung vollständig begründen.

Die Statedebattierungen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister führten noch zu keiner Einigung.

Auf der Plottenkonzert wurde nun die U-Bootsfrage behandelt.

In Triest wurde ein jüdische Zeitungsdruckerei durch einen Bombenanschlag teilweise zerstört.

In München hielt Kardinal Faulhaber eine Predigt über den russischen Bolschewismus und die Christenverfolgungen.

Im Nationalrat in Wien gab Bundeskanzler Schober Bericht über seine Komreise.

In Mexiko ist der russische Gesandte vor seiner Abreise drei Stunden festgehalten worden. Den Anschlag auf Präsident Rubio bringt man in Zusammenhang mit bolschewistischen Umtrieben.

Sprechung der Finanzfachverständigen der Regierungsparteien statt, in der der Haushalt und mit ihm auch die Steuervorschläge interfraktionell behandelt werden sollen. Diese Besprechung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß die lange Rednerreihe der für und gegen den Youngplan sprechenden Abgeordneten auf nicht sehr viel Teilnahme stoßen dürfte, zumal doch jeder überzeugt ist, daß der Youngplan angenommen wird.

Das polnische Liquidationsabkommen stößt nach wie vor auf Bedenken, aber es wird auch an seiner Annahme nicht gezweifelt, da Minister Curtius bekanntlich aus seiner Bindung mit dem Youngplan eine Kabinettsfrage gemacht hat.

Um wenigstens etwas zu tun, werden von der Deutschen Volkspartei mehrere Anträge gestellt werden, die eine andere und weitergehende Regelung der innerdeutschen Entschädigung der in Polen liquidierten durch das Reich fordert.

Die Rede des Außenministers

Präsident Eöde eröffnete am Dienstag die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehört Nachruf auf den plötzlich verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Paul.

Auf der Tagesordnung stehen die fünf mit dem Youngplan zusammenhängenden Vorlagen: Der Gesetzentwurf über die Haager Verhandlungen, das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen, das Reichsbahngesetz, das Reichsbahnabkommen, das Liquidationsgesetz.

Die Beratung wird eingeleitet durch Ausführungen des Reichsaussenministers Dr. Curtius.

Der Minister erinnert an die Regierungserklärung vom Juli 1928, an deren Spitze die Bestrafung der besetzten Gebiete, die befriedigende Regelung der Saarfrage und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage standen. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens steht jetzt der feste Räumungstermin und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastentlastung mit sich bringe. Verhandlungen über die Saarfrage seien im Gange, die mit dem Ziele geführt werden, so bald wie möglich die restlose Rückgliederung des Saargebietes in die deutsche Staatshoheit zu erreichen. Ich habe nach dem augenblicklichen Stand der Dinge keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zu baldmöglichstem Abschluß geführt werden. Dr. Curtius warf einen Rückblick auf die internationalen Verhandlungen seit dem Genfer Beschluß vom September 1928 und erläuterte insbesondere die Bedeutung der auf den beiden Haager Konferenzen erzielten Ergebnisse, vor allem die Vermeidung der Schaffung eines besonderen Kontrollorgans für das Rheinland und die Regelung der sogenannten Sanktionsfrage, als deren Ergebnis der Minister feststellte, daß das Verfallene Sanktionsystem einschließlich seines Artikels 430 befristet und daß Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten die Gläubiger das Recht voller Handlungsfreiheit wieder, nachdem also auch Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat. Die deutsche Delegation hat den Austausch dieser Erklärungen für notwendig gehalten, um keine Unklarheit bestehen zu lassen. Es ist nochmals festzustellen, daß das Verfallene Sanktionsystem befristet und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und

Gewalt geschützt ist. Der Minister behandelt dann die bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan gemachten Zugeständnisse. Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten. Einen weiten Raum nehmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen.

Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberresten hätten zum Teil zu guten und zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider großen Ausnahmen. Dem Bedauern, daß der Reichsrat namentlich wegen der Haltung Englands ausgeprochen habe, könne er sich nur anschließen. Er schließe sich aber weiter auch der Auffassung an, daß in der Verweigerung der Ratifizierung kein Vorteil liege.

Der Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens

sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflicher Weise verfaßt worden. Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte und Schlussfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das geringste zu tun haben. Man ist so weit gegangen, zu sagen, daß diese reinen Zweckabkommen die großen Fragen unserer Dispolitik nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr. (Vgl. Göbbels (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selbst nicht. — Der Kaiser erhält einen Ordnungsruß.) Für den gegenüber Polen ausgeprochenen Verzicht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden. Namentlich für die deutsche Minderheit in Polen haben wir den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf sie gelastet hat, erleichtert. Es ist richtig, daß wir eine finanzielle Befastung übernommen haben, sie hält sich aber im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im engersten in Milliardenhöhe. Dieser angebliche Milliardenverzicht soll daher kommen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermüden immer und immer wieder schon betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten. Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schwereren Weg der deutschen Minderheit in Polen vergessen. 12 000 deutsche Rentenzugewinner mit einer Familienkopfszahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Gebrechen sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weitergekommen sind.

Der Minister beschrieb dann die zweite Hanger Konferenz. Es ist gelungen, bei der Regelung der offen gebliebenen Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren. Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen. Für die Entscheidung über den neuen Plan ist einzig und allein maßgebend die Beantwortung der Frage, ob Besseres zu erreichen war und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeutet. Wird diese Frage im Sinne der Stellungnahme der Reichsregierung beantwortet, so muß sich damit der feste Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichste Bemühungen die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Der Minister erinnert daran, daß nach dem Londoner Zahlungsplan Deutschland mit einer Kapitalkuld von 132 Milliarden Goldmark belastet wurde. Die Kapitalkuld nach dem Youngplan betrage 34,5 Milliarden. Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawesplan um fast 500 Millionen niedriger. Hierbei sei der Wohlstandsindex noch nicht eingezeichnet. Die Schlußmaßnahmen des Dawesplanes hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt. Nach dem Youngplan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Das sei allein unserer Würde. Alles in allem enthalte der Youngplan besser Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft als der Dawesplan. Hinaus komme, daß alle Forderungen, Kontrollen und ausländische Verwaltungsausschüsse fortfallen. Schließlich trete Deutschland in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an. Es werde von fremder Belästigung frei, befreit auch von der Willkür des Versailler Sanktionsregimes. Der neue Plan beruhe auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erfordere daher die Zusammenarbeit aller dieser Länder. Der Minister erklärte zum Schluß, daß ihm nichts fernere liege als Schlichter, als eine Verleumdung der Trauer und Verantwortung der zu treffenden Entscheidung. Niemand denke daran, sich hier eines großen deutschen Erfolges zu rühmen. Die Bedenken würden aber doch von den Vorteilen der neuen Regelung überwiegen. Die Reichsregierung habe deshalb die Franzosen, ob das Interesse unseres Landes die Annahme der Verträge erfordere, mit einem ehrlichen Ja beantwortet. Sie erwartet zuversichtlich, daß sich der Reichstag zu der gleichen Antwort entschließt. Weisheit bei den Regierungsparteien.

Platfizierung der Curtius-Rede?

Berlin, 12. Februar. In der gestrigen Reichstags-Sitzung hat der nationalsozialistische Abgeordnete Graf Reventlow den Antrag gestellt, die zweite Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius auf Reichskosten öffentlich anzuhängen zu lassen. In den Kreisen der Regierungsparteien wird, laut „Berliner Tageblatt“, erwogen, diesem Antrag dadurch zu begegnen, daß der öffentliche Anschlag auf beide Ministerreden ausgedehnt werden soll. Die vollparteiliche Reichstagsfraktion hat bisher ihre Zustimmung hierzu noch nicht erteilt.

Die Finanzsorgen

Die Führer der Regierungsparteien beim Reichsfinanzminister
Berlin, 11. Febr. Am Dienstag fand eine erhaltene Besprechung des Reichsministers der Finanzen mit den Parteiführern und Finanzsachverständigen der Regierungsparteien statt. Der Reichsfinanzminister gab erneut eine Übersicht über die Etat- und Kassenlage, wies darauf hin, daß im Jahre 1930 nicht nur die Finanzen des Reiches sondern auch die der Länder und Gemeinden, soweit sachlich gerechtfertigt, saniert werden müssen und daß eine Entlastung der Wirtschaft nur auf diesem Wege erreicht werden könne. Er grüßte die verschiedenen Wege, auf denen der Fehlbetrag des Reichshaushalts 1930 abgedeckt werden könnte und sagte zu, daß der Etat 1930 mit möglicher Vereinfachung im Reichskabinett abschließend werden würde. Bei der anschließenden Erörterung wurde in erster Linie die Frage der Kredite an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 besprochen. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß der Plan, die verfügbaren Gelder der sozialen Versicherungsträger für diesen Zweck betreuensleben, nur so gedacht sei, daß hierdurch keine Geladengemeinschaft mit der Arbeitslosen-

Eiserne Liebe

Roman von Brentino von Winterfeld. Platen (34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er sah sie an. Unbeweglich. Bis sich die Steinwand zwischen ihm und sie hob, und er nichts mehr sehen konnte, als ein schmales Streifchen weißblauen Sommerhimmels. Dann schlossen sie die letzte Oeffnung. Begraben war Ratimer vom Hofstein. Frau Jadwigs Ehre war gerächt. Da brach der Burggraf die lastende Stille. „Vollstreckt ist das Urteil an dem Gefangenen. Wer es wagt, sich der freigelegten Oeffnung zu nähern oder Herrn Ratimer zu befreien — ist des Todes. Wer es auch sei. Zwei Wachen bleiben hier, bis ich sie abrufe.“ Er leuchtete tief, wie von einer Last befreit. „Run darfst du wieder aufatmen, Elbgau!“ In scheuem Zittern zerstreute sich das Volk und drängte sich vor dem gestrigen Burggrafen. So Fürchtbares hatten sie lange nicht gesehen. Frau Jadwig, des langen Stebens nicht gewöhnt, war zusammengebrochen. Sie mußten sie in die Burg tragen.

Fünfzehntes Kapitel.

Ein schwüler Sommertag ging zur Rüste. Ueber den Felschroffen der Bastei ballten sich dunkle Wolken. In der Ferne zuckte es wie Wetterleuchten. Müde und schlüfrig standen die Wachen am Wallgraben, weß hingen die großen, gelben Schwertklingen über der dunkel schillernden Wasserfläche. Regungslos lag die Natur. Es rührte sich kein Lüftchen. Eingeknickt an seinem Fenster sah der alte Torwart. Die Fehde hatte ja ein Ende, der Feind war gefangen, da brauchte man nimmer soviel achtgeben, wie

versicherung herbeigeführt und wenn, nötige Sicherheiten gegen Verluste der sozialen Versicherungsträger gegeben würde. — Bei der Erörterung darüber, wie das Defizit der Arbeitslosenversicherung auf andere Weise abgedeckt werden könne, fand im Vordergrund der Vorschlag, die im Besitz des Reichs befindlichen Vorratsgattungen der Reichsbahn zu veräußern. — Die anderen Probleme der Etatsberatung wurden heute noch nicht erörtert. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Für Anschluß Hessens an Baden-Württemberg

Darmstadt, 11. Febr. Die Christlichen Gewerkschaften Hessens haben in einer Sitzung in Darmstadt beschlossen, dem Beschluß der badischen und württembergischen Gewerkschaften auf Vereinheitlichung der beiden Länder zu folgen und Zusammenschlußbestrebungen Hessens mit Baden und Württemberg in die Wege zu leiten. Einem Anschluß an Preußen steht man in den Kreisen der Christlichen Gewerkschaftsbundes nicht sehr freundlich gegenüber.

Schaumburg-Lippe kommt zu Preußen

Bückeburg, 11. Febr. Die Sitzung des Schaumburg-Lippeschen Landtages beschäftigte sich mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit Preußen. Nach sehr heftiger Auseinandersetzung wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen für den Anschluß. Von insgesamt 14 anwesenden Abgeordneten stimmten 10 mit Ja und 4 mit Nein, so daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit des Landtages sich für die Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung aussprach.

Wieder ein deutscher Dampfer verloren

Blonddampfer „München“ im Neworcker Hafen gesunken
Neworck, 11. Febr. An Bord des Blonddampfers „München“ brach kurz nachdem er an seinem Pier angelegt hatte, ein Brand aus. Es folgten mehrere Explosionen, die den Dampfer erschütterten und die mit Vöfharbeiten beschäftigten Feuerwehrlente in Boden warfen. Kurz darauf ist der Dampfer an seinem Pier gesunken.

Berlin, 11. Febr. Der im Neworcker Hafen nach einem Brande gesunkene Dampfer „München“ ist eines der neuesten Schiffe des Norddeutschen Lloyds. Die „München“ ist erst vor ungelähr 6 Jahren als Schwertschiff der „Stallgart“ in Dienst gestellt worden. Sie gehört zur sogenannten Städteklasse, ist 13,5 Tausend Tonnen groß und fährt Passagiere der Kajüten-, Touristen- und der dritten Klasse.

Neworck, 11. Febr. Das Feuer auf dem Blonddampfer „München“ brach im Laderaum 5 und 6, vermutlich in einem Stapel Schokolade aus, das einen Teil der Ladung bildete. 263 Fackeln der „München“, die etwa um 9 Uhr vormittags an der Landungsbrücke am Hudsonfluh eingetroffen waren, hatten das Schiff bereits vor Eintritt der Explosion verlassen. Zahlreiche Fackeln weiften wegen der Zollabfertigungsstelle noch an der Landungsstelle. Sie mußten sie schleunigst verlassen, da die Flammen nach den Explosionen sich mit erschreckender Schnelligkeit ausbreiteten. Auch die Schiffsmannschaft begab sich unverzüglich an Land. Kurz darauf ging die „München“ unter.

Neues vom Tage

Das neue Brotgesetz

Berlin, 12. Februar. Der Entwurf des Reichsernährungsministers über das neue Brotgesetz ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß unter der Bezeichnung „Roggenbrot“ nur Brot verkauft werden darf, das mindestens zu 95 Prozent aus Roggen hergestellt ist. Unter der Bezeichnung „Weizenbrot“ darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95 Prozent aus Weizen hergestellt ist. Brot, das aus einer Mischung hergestellt

ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot“ verkauft werden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Höchstgrenze der Zusätze zu ändern, falls es der Ausfall der Ernte bei inländischem Roggen oder Weizen erfordert. Der Gesetzentwurf droht Geldstrafe bei Zuwiderhandlungen an. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark ein.

Polnische Ostseefundgebungen

Warschau, 11. Febr. Nationalistische Studenten hielten in Warschau eine Versammlung ab, um den zehnten Jahrestag der Wiedergewinnung der See Küste durch Polen zu feiern, wobei aggressive Reden gehalten wurden. So erklärte der eine Redner, Redakteur Rembielinski, an der Ostsee müssen die slawischen Feuer brennen, aber nicht nur an der gegenwärtigen See Küste, sondern dort, wo sie vor tausend Jahren gebrannt hätten.

Hausführung in der Sowjetgeandtschaft in Mexiko

Neworck, 11. Febr. Wie Associated Press aus Mexiko City meldet, hat der mexikanische Außenminister Estrada nach seiner eigenen Erklärung die Rückgabe der beschlagnahmten Papiere des Sowjetgeandten Malax verfügt. Die Abreise des Geandten aus Veracruz sei unbehindert geblieben.

Stietzprozess im Naunp

Berlin, 11. Febr. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge dürfte die Voruntersuchung gegen die Brüder Stietz noch Ende d. M. abgeschlossen werden. Wenn die Hauptverhandlung gegen die Stietz und ihre Mitbeschuldigten stattfinden wird, steht noch nicht genau fest. Man rechnet damit, daß frühestens im August die Hauptverhandlung beginnen wird, die 5 bis 6 Monate dauern dürfte.

Die rettende Verpöftung

Paris, 11. Febr. Die Nachricht, daß das fabrikmächtige Flugzeug Paris-London bei einer Notlandung auf englischem Boden durch Brand vernichtet worden ist, hat hier besonders tiefen Eindruck aus dem Grunde gemacht, daß Ministerpräsident Tardieu ursprünglich die Absicht hatte, dieses Flugzeug zur Rückkehr nach London zu benutzen. Nur der Umstand, daß der britische Minister sich länger hinweg, als ursprünglich angenommen war, hat dem „Echo de Paris“ zufolge, diese Absicht vereitelt. Ministerpräsident Tardieu hat dann den fabrikmäßigen Zug benutzt.

Die Trockenlegung der Zuider-See

Amsterdam, 11. Febr. Montag wurden bei den Zuidersee-Werken zwei starke elektrische Pumpwerke, von denen das eine bei der Zuidersee-Ostschiff Reedemöhl (Brooking, Nordhollands), das andere auf der Insel Wieringen errichtet wurde, in Betrieb genommen. Hiermit hat nach jahrelanger Vorbereitung die Trockenlegung der Zuidersee, und zwar zunächst des sogenannten Wieringer Meeres, ihren Anfang genommen. Das Wieringer Meer, das als erstes der vier Trockenlegungsgebiete der jetzigen Zuidersee entwässert werden soll, hat eine Oberfläche von rund 20 000 Hektar.

Vor dem Sturz des Kabinetts Büniger?

Dresden, 11. Februar. Während man heute vormittag noch dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Büniger wegen ihrer Zustimmung zum Youngplan im Reichsrat keine allzu große Bedeutung beimah, hat die Angelegenheit durch die scharfe Stellungnahme der Deutschnationalen und insbesondere ihres Führers Dr. Eberle bei der heute mittag abgehaltenen interfraktionellen Besprechung eine Verschärfung erfahren, die kaum noch darauf rechnen läßt, daß die Angelegenheit noch in Güte beigelegt werden kann. Dr. Eberle erklärte heute mittag, daß die Deutschnationalen dem kommunistischen Mißtrauensantrag zustimmen würden. Nach der Lage der Dinge muß damit der Sturz der Regierung Büniger als sicher angesehen werden, da die Sozialdemokraten den Mißtrauensanträgen sicherlich zustimmen werden, wenn sie auch die Begründung dazu ablehnen.

Der Fall Meinhöfeler

Die Staatsanwaltschaft Bayreuth hat am Montag eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Haftbeschwerde Meinhöfeler am 8. Februar verworfen wurde. Die Staatsanwaltschaft hat die Unrichtigkeit der Geständnisse nachgewiesen, so daß der Widerruf der Geständnisse als unglaubwürdig angesehen werden kann.

die letzten Wände. Die Wache im Burghof stand auf ihren Speer gestützt und sah angestrengt nach dem herausziehenden Gewitter über der Bastei. Es war so still, daß man die Glocke vom fernen Kloster Mitternacht schlagen hörte. Da hob die Wache lauschend den Kopf. Kam da nicht jemand? Hatte nicht die Tür zur Kapelle geknarrt? Im Dämmer der Mitternacht kam es langsam — schweigend über den Hof. Vom Kopf bis zu den Füßen in Eisen gepanzert, geschlossen das Visier, die Hände gefaltet über der Brust. In den gefalteten Händen das bloße Schwert. Der Wache kam ein Frösteln an. Da kam ja, bei allen Heiligen — der Mann in Erz. Er schritt langsam, gemessen, als hätte er keine Eile. Die Wache sah sie ein Herz und hob den Speer. „Halt, wer seid Ihr?“ Schweigend ward der Speer beiseite geschoben. Der Erzene schritt vorüber. Durch den langen Gang schritt er mit leisem Klirren, bis er im Dunkel der Burg verschwand. Die Wache schüttelte sich und zwang die minutenlange Erstarrung nieder. Den Torwart rief sie zur Hilfe und stürzte dann dem erzenen Geiste nach. Sie durchsuchten den Gang und die ganze Burg. Von dem Mann in Erz war nichts mehr zu sehen.

An die Mauer seines nachtdunklen Gefängnisses gelehnt, stand Herr Ratimer. Er wunderte sich selber, daß er noch stehen konnte. Aber er wollte im Stehen sterben. Vor der Mauer draußen hörte er die Wache auf- und abgehen. Manchmal streifte der Speer die Steine, daß es knirschte. Dann wurde es wieder totenstill. Herr Ratimers Seele quälte etwas, darum konnte er noch nicht sterben. Es slogen seine Gedanken wie große, sehnüchtige Vögel immer um Frau Jadwig.

Er verstand es wohl, daß sie sich gerächt sehen wollte an ihm, weil er ihrer hehren Freiheit Gewalt angetan. Weil er ihr stolzes Frauentum geschändet mit seinem wilden Ruf. Seine freie, stolze Seele begriff die andere Seele, die nicht dulden konnte Schmach und Mißachtung. Wer des böhmischen Burggrafen Tochter beleidigt, mußte gekocht sein auf heiße, unverföhnliche Wache. Das verstand er alles wohl. Aber eines verstand Ratimer nicht. Und das machte ihm Qual. Daß sie zum drittenmal von ihm verlangt hatte, er solle Irnen vor ihr. Sie mußte ihn nun doch fennen, daß sie wußte, so wie sie selber keine Schmach an sich duldete, so bildete auch Herr Ratimer keine Schmach. Und es wäre Schmach und Erniedrigung für ihn gewesen, wenn er seine Knie gebeugt hätte im Staub, um sie um sein Leben zu bitten. Hunderte hätten es wohl getan. Herr Ratimer konnte es nicht. Es wäre ihm gewesen, als sei er ein Knecht geworden, der winkelnd vor denen kroch, die die Nacht besaßen. Und das bereitete Herrn Ratimer so tiefe Qual vor seinem Sterben, daß die Frau, die er so liebte, solches von ihm verlangt. Daß sie ihn eingeschätzt hatte, wie man die große Menge einschätzt. Daß sie noch nicht eingedrungen war in die Tiefen seines königlichen Stolzes. Denn er liebte sie trotz allem. Er liebte sie um ihrer Herrheit und ihres Stolzes willen. Und er freute sich, daß er es ihr noch einmal gesagt hatte. Herr Ratimer zuckte auf. Es war ihm, als hätte er ein Rauhen und Scharren gehört. Er lauschte. Das waren wohl die Wachen draußen am Wallgraben. Er tastete mit den Händen über die kalten, nassen Steine. Ob es Ratten hier gab? Es war wohl möglich, so nahe an dem verpöftigten Wassergraben. Jetzt hörte er ein deutliches Schlurren zu seinen Füßen. Dann ein Knarren. (Fortsetzung folgt.)

Zur Kritik des Städtetags

Ein Schreiben des Staatspräsidenten

Stuttgart, 11. Febr. Das Staatsministerium hat heute dem Städtetag folgenden Schreiben zugesandt:

„Die Regierung anerkennt in vollem Umfang die Befugnis des Städtetags, an dem Entwurf eines Änderungsgesetzes zur Landesverfassung und zum Gemeindeverfassungsgesetz sachliche Kritik zu üben. Auf den sachlichen Inhalt der Kritik wird die Regierung an der geeigneten Stelle eingehen und dabei Abänderungsvorschläge ernsthaft prüfen.“

Etwas anderes ist es, daß die Kritik in Form und Ton die Grenzen einhalten muß, die von den Stadtpräsidenten, den Trägern der Autorität in den Städten des Landes, gegenüber der obersten staatlichen Autorität erwartet werden muß. Diese Grenzen sind nicht eingehalten worden, wenn nach den Zeitungsberichten über die Sitzung des Städtetags vom 7. ds. Mts. Stadtpräsidenten mit einem „Nachwort der Regierung“, von „leichtfertiger ausgesprochener Unwahrheit“, von „einer ganz unehrlichen Rhetorik“, von „bewußt falscher Behauptung“ gesprochen haben oder wenn gesagt wurde, „die Regierung bene die Gemeinden wie Hunde aufeinander“, „wenn man den Regierungsentwurf betrachte, finde man, daß der badische Minister Kemmle mit seiner angeblichen Behauptung, daß Württemberg einen nobleren Kulturstand habe, dem Land Württemberg das richtige Zeugnis ausgestellt habe“, „der Staat, der das tue... habe kein Lebensrecht mehr, der eithische Staatsbesitz, die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt existiere nicht mehr und darum seien die Länder überlebt und gehören weg“, „ein halbes Jahr sei verlorben worden, ohne daß etwas geschähe sei“, „die Regierung solle sich auf den Allerwertesten legen und sich den Kopf zerbrechen, wie sie etwas Besseres aufbände bringe“, „man könnte meinen, daß es die Arbeit eines schlechten Obersekretärs sei, dem jede Stadt die Aufstellung vorzeichnen würde“.

Es mag sein, daß einzelne Äußerungen in den Berichten der Tagesblätter nicht in jedem Wort zutreffend wiedergegeben sind. Die Regierung sieht davon ab, in einem Untersuchungsverfahren die Äußerungen feststellen zu lassen. Jedenfalls ist der Ton unerhört. Die Regierung vertritt sich diesen Ton auf das ernsthafteste. In den Tagen ruhiger Denker der Bürger hat der Städtetag sich selbst und der Autorität der Stadtpräsidenten schuldig gemacht.

(ges.) Volk, Staatspräsident.

Dr. Beyerle zur politischen Lage in Württemberg

Stuttgart, 11. Febr. Auf einer Vorläufer- und Vertrauensmannkonferenz der Zentrumsgruppe des Bezirks Kalen führte Justizminister Dr. Beyerle zu den Fragen in der württembergischen Politik das folgende aus: Die vor einigen Tagen erfolgte Regierungserweiterung sei eine Rechtfertigung für die Haltung des Zentrums nach den letzten Wahlen. Zeitgedanke sei, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen aller Stände und Berufs das Land in Ruhe und Stetigkeit über die allgemeine deutsche Not hinwegzuführen. Die neue Koalition habe gleich einige politische bedeutsame Vorlagen zu erledigen. An erster Stelle nannte der Redner das Änderungsgesetz zur Landesverfassung und zum Gemeindeverfassungsgesetz, das in diesen Tagen so viel Staub aufwirbelt. Sachliche Kritik in Ehren, aber manche Vorkommnisse auf dem Stuttgarter Rathaus und bei der Beratung des Städtetags lassen die gebotene Maßhaltung stark vermissen. Gegen den Grundgedanken des Gesetzes, daß die Verteilung des Ertrags an Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht bloß nach dem Gesichtspunkt des Einkommenssortes vorgenommen werden dürfe, könne kein gerecht Urteilender etwas einwenden. In welchem Ausmaß der — auch sozial- und bevölkerungspolitisch beachtliche — Gesichtspunkt der Heranziehung der Volksschülerzahl dem richtigen Ziel gerecht werde, sei die Frage, vor deren Entscheidung sich die neue Koalition gestellt sehe. Andere wichtige Fragen ergeben sich im Blick auf den vom Kultusministerium aufgestellten Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes; hier habe das Zentrum hinsichtlich der geplanten Berufsschulen wichtige wirtschaftliche Bedenken und weltanschauliche Sorgen seiner Wählerschaft geltend zu machen. Einer Reform der Lehrerbildung stehe das Zentrum grundsätzlich freundlich gegenüber; die Möglichkeit ihrer Durchführung sei durch finanzielle Rücksichten bedingt. Ob eine Änderung des Wahlgesetzes im Land ebenso dringlich sei wie im Reich, könne bezweifelt werden. Die neuerdings wieder lebhafter besprochene Frage des staatlichen Zusammenstufens von Württemberg und Baden verdiene aufmerksam Beachtung, müsse aber von allen verantwortlichen Stellen mit der Behutsamkeit behandelt werden, die erforderlich sei, um auf beiden Seiten das Gefühl der Gleichwertigkeit und absoluten Freiwilligkeit zu erhalten.

Aus dem Landtag

Vom Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landtags Stuttgart, 10. Febr. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landtags behandelte eine Reihe von Eingaben. Eine längere Aussprache rief die Eingabe des Vereins der Lichtspieltheater Württembergs her, das Gesuch über die achtzehnten Tage her, wonach das Spielverbot am Landesbühnentag aufgehoben werden soll. Eine Eingabe des Sv. Volksbundes Württemberg wandte sich gegen diese Forderung. Für eine Aufhebung des Spielverbots sprachen sich Redner der Sos. und der Dem. Partei aus, gegen die Aufhebung Redner der Rechts-, des Zentrums und der Nat.-Sos. Ein Antrag des Berichterstatters Henmann (S.), die Eingabe des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer dem Staatsministerium zur Erwägung zu übergeben, und die Eingabe des Sv. Volksbundes dadurch für erledigt zu erklären, wurde angenommen mit 8 Ja (6 Sos., 1 R., 2 Dem.), gegen 5 Nein (2 S., 1 R., 1 NS.) bei 2 Enthaltungen (1 R., 1 S.).

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Arbeitslosenzahl in Oesterreich. Ende Januar erreichte die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich die bis jetzt noch nicht dagewesene Höhe von 273 197. Dazu kommen 35 000 nichtunterstützte Arbeitslose und 47 000 Arbeitsverweigerer zusammen also rund 360 000.

Aus Stadt und Land

Montag, den 12. Februar 1930.

Verwaltungsänderungen 1930. Wie wir vom Reichsbahn-Vorkehrersamt Stuttgart erfahren, sind die Verwaltungsänderungen für das Jahr 1930 bekannt und festgelegt. Die Fahrteilnehmer erhalten einen Preisnachlaß von 33 1/2 Prozent. Vom 31. Mai bis 2. Juni (mit dem Abgangsbahnhof Eutingen und dem Reiseweg Stuttgart Hbf. — Ulm — München) dauert die Fahrt mit dem Ziel Garmisch-Partenkirchen. Diese Fahrt gibt Gelegenheit, die Oberammergauer Passionsspiele zu besuchen, die Zugspitze von der bayerischen oder österreichischen Seite aus zu besteigen und anschließend herrliche Gebirgswanderungen auszuführen. Besonders zu empfehlen ist der Besuch der Patnach- und der Hüllentalkamm, des Riesers- und des Eibsees usw. Bei der Rückfahrt ist ein mehrstündiger Aufenthalt in der Kunststadt München vorgesehen. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt (Stuttgart Hbf. beträgt 17.20 Mark. Die zweite Fahrt dauert drei Tage (14. bis 16. Juni) und führt nach Köln a. Rh. Der Fahrpreis beträgt 21.70 Mark, einschließlich Schiffsfahrpreis. Die Fahrt führt von Stuttgart — Bruchsal — Heidelberg — Darmstadt — Mainz — Ridesheim über Koblenz nach Köln a. Rh. Von Ridesheim bis Koblenz fahren die Teilnehmer mit dem Rheindampfer. Diese Fahrt bietet allen Gelegenheit zum Besuch des Niederrheinlands; Besichtigung der Stadt Koblenz; der Sehenswürdigkeiten in Köln. Bei der Rückreise ist ein Halt in Königswinter zum Besuch des Drachenfelsens und ein Halt in Mainz zur Stadtbefestigung vorgesehen. Vom 28.—31. August (mit dem Abgangsbahnhof Tuttlingen) dauert die Fahrt nach Hamburg — Helgoland, also sechs Tage. Der Preis ist 85 Mark, einschließlich Uebernachtung, Verpflegung, Führung, sowie Schiffsfahrpreis nach Helgoland und zurück. Der Reiseweg führt vom Abgangsbahnhof Tuttlingen über Rottweil — Horb — Eutingen — Stuttgart Hbf. — Würzburg — Bebra — Göttingen nach Hamburg. Besonders zu erwähnen sind in Hamburg die Stadt- und Hafenrundfahrten, Besichtigung eines Dampfers, Besuch des Tierparks von Hagenbeck usw. Der letzte Verwaltungsänderung wird an einem heute noch nicht bestimmten Sonntag im Juli fahren und zwar nach Konstanz. Preis 9.10 Mark. Interessenten erhalten nähere Auskunft noch an den Schaltern der Stationen.

Methodistengemeinde. Letzten Sonntag wurde die Evangelisation mit einem gut gelungenen Gesangsgottesdienst eingeleitet. Seit Montag spricht Inspektor W. Ruder in padender und überzeugender Weise, so wie wir es brauchen. Trotzdem er gut über die Sechzig hinaus ist, spricht er wie ein feuriger Jüngling. Es wird sich lohnen, für nach Wahrheit suchende Leute die Vorträge zu hören.

Landesausstellung für Behelfsarbeiten. Wie uns die Handwerkskammer Reutlingen mitteilt, hat nachstehender Vortrag, der sich an der vom Landesgewerbeamt in Stuttgart im Herbst 1929 veranstalteten Behelfsausstellung beteiligt hat, eine Anerkennung erhalten: Schneiderlehrling Heinrich Würkle bei Herrn Christian Würkle in Altensteig.

Ragold, 12. Februar. (Theatergemeinde Ragold.) Schon längere Zeit ist die Bildung derselben vorgesehen, da die hier bekannten Vorstellungen der Würt. Volksbühne künftighin nur gegeben werden, wenn sie finanziell gesichert sind. Dies geschieht in der Weise, daß sich die Mitglieder der Theatergemeinde verpflichten, die zwei bis drei jährlichen Vorstellungen zu besuchen. Es werden nur gute Stücke gegeben, die vom Ausschuss bestimmt werden. Am 3. April 1930 wird „Rathen der Weife“ v. Lessing aufgeführt werden. Der Vorzug dieses dadurch in Ragold ermöglichten Theaterbesuchs, der nicht nur für Ragold, sondern auch für die umliegenden Gemeinden in Betracht kommt, besteht darin, daß diese vorzügliche kulturelle Einrichtung zu demselben Eintrittspreis wie in Stuttgart regelmäßig besucht werden kann, obwohl wir 60 Kilometer von Stuttgart entfernt liegen. Wie bereits früher an dieser Stelle ausgeführt worden ist, entsteht mit der Mitgliedschaft keine Haftung für ein etwaiges Defizit, da die Vorstellungen nur stattfinden, wenn die Theatergemeinde so viele Mitglieder umfaßt, daß ein solches nicht entstehen kann. Alle Freunde eines guten Theaters sowohl in Ragold als auch der Umgebung werden deshalb gebeten, sich in die zur Zeit im Umlauf gelegten Listen einzuschreiben. Es dürfte sicher so viel Interesse vorhanden sein, daß sich etwa 400 Mitglieder eintragen. Wie groß das Interesse anderwärts ist zeigt z. B. die Gründung der 500 Mitglieder umfassenden Theatergemeinde Waldsee. Waldsee ist etwas kleiner als Ragold. Darum auf zur Eintragung in die Liste der Theatergemeinde Ragold.

Calw, 11. Februar. Der seitherige milde Winter hat den Trikotgeschäften keinen großen Abjaß gebracht. Sie waren vielmehr gezwungen, infolge des flauen Geschäftsganges verkürzte Arbeitszeit einzuführen und nur vier bis fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Es bedeutet dies für Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen fühlbaren Verlust. Wenn nun auch eine Änderung im Witterungscharakter stattgefunden hat, ist an eine größere Belebung des Geschäftes kaum zu hoffen, da Kaufaufträge in Erwartung des Frühlings zurückgehalten werden.

Conweiler O.V. Neuenbürg, 11. Febr. (Ueberfahren.) Als am Freitag nachmittag die 60 Jahre alte Frau Marie Rapp in Begleitung anderer Frauen zu einer Beerdigung nach Ottenhausen wollte, wurde sie am Ortsausgang von Feldrenn von dem Kraftwagenführer Hugo Pfommer in Pfingweiler, der Veronen nach Ottenhausen brachte, und auf dem Rückweg war, um weitere zu holen, überfahren, wobei sie schwere Verletzungen erlitt, denen sie nunmehr erliegen ist.

Blü O.V. Volingen, 11. Febr. (Wildschweinjagd.) Am Sonntag war den hiesigen Jägern ein seltsames Jagd-

glück beschied. Erst vor einigen Tagen erfuhren sie, daß auf der Markung Neustra ein Wildschwein stand. Der frisch gefallene Schnee ermöglichte nun eine Verfolgung der Fährte und nach einer halben Stunde Treiben hatte es einer der Jäger vor der Büchse und Strecke es nieder.

Ebingen, 11. Febr. (Omnibusse im Schnee.) Infolge Schneeverwehungen der Hohlwege auf der Strecke Ebingen—Rehstetten—Heinstetten—Hartheim und Obernheim mußte gestern der Postomnibusverkehr eingestellt werden. Der ziemlich scharfe Nordost hat den Schnee teilweise meterhoch aufgewirbelt, so daß ein Durchkommen unmöglich war. Die Wiederaufnahme des Verkehrs wird voraussichtlich bald wieder erfolgen.

Biberach, 11. Febr. (Zahlungseinstellung.) Die Privatbank Nachbauer & Co. hat ihre Zahlungen eingestellt. Das ist seit einem halben Jahr das dritte Bankinstitut von Biberach, das den wirtschaftlichen Verhältnissen erliegen ist. Man hofft, daß ein Vergleich zustande kommen wird.

Spiel und Sport

Verbands spiel Sp.S. Altensteig I — F.C. Unterreichenbach I 7:0

Fußball. Mit dem obigen Verbandsspiel erledigte der hiesige Sportverein die Verbandsspiele seiner ersten Mannschaft. Durch widrige Verhältnisse in der Terminliste wurden die Altensteiger als letzter Verein mit den Verbandsspielen fertig. Die erzielten Ergebnisse in der Nachrunde zeigten die aufsteigende Form der ersten Mannschaft, denn keinem Verein der A-Klasse war es möglich, die Mannschaft in der Nachrunde zu besiegen, sämtliche Spiele, außer dem Rückspiel gegen Dornstetten in Dornstetten wurden gewonnen, letzteres Spiel endete unentschieden. Mit diesen Erfolgen ist nun die Mannschaft mit 3 Punkten Abzprung nach Ragold Zweiter der Tabelle, hierauf folgt Dornstetten als Dritter mit ebenfalls 3 Punkten hinter Altensteig. Eine etwas glücklichere und energiegeladere Spielweise in der Vorrunde und es wäre wohl möglich gewesen, daß Altensteig heute wenigstens punktgleich mit Ragold stehen würde. Wir wollen uns an dem ertrungenen Erfolg freuen und uns damit zufrieden geben, in Zukunft mit neuer Kraft weiter zu arbeiten, vielleicht daß es uns später einmal vergönnt ist, die erste Stelle zu gewinnen. Das ist nur möglich, wenn jeder Einzelne zu seinem Sport hält und weiter fleißig übt und sich den bestehenden Anordnungen gern und willig fügt. Und nun noch zu den letzten beiden Spielen. Das vorletzte Verbandsspiel führte die erste Mannschaft des F.C. Eßlingen am 28. Jan. 1930 zu uns. Die Mannschaft des Gegners mußte mit vier Ersatzleuten antreten und zeigte während des ganzen Spieles einen bedeutenden Formrückgang, nicht mehr zu vergleichen mit der Spielstärke zu Beginn der Verbandsspiele. Der hiesigen Mannschaft gelang mühelos ein Sieg mit 8:1 und nur die ausgezeichnete, aufopfernde Tätigkeit ihres Torwächters bewahrte Eßlingen vor einem zweistelligen Resultat. Auch der Gegner vom vergangenen Sonntag war unserer Mannschaft in keiner Weise gewachsen. Der F.C. Unterreichenbach hat schon bessere Tage und bessere Leistungen seiner ersten Elf gesehen, als die im sonntäglichen Spiel zeigten. Schon das Antreten der Mannschaft mit nur neun Mann zu einem Verbandsspiel zeugt von einer Interessiertheit der Spieler selbst. Das Spiel stand von Anfang bis zu Ende unter der drückenden Ueberlegenheit der Einheimischen. Nur vereinzelt Durchbrüche des Unterreichenbacher Sturm waren zu sehen, welche jedoch alle schon im Werden durch die famose und durchschlagkräftige Hintermannschaft der Altensteiger Elf erstickt wurden, während auf der Gegenseite der Sturm der Einheimischen, unterstützt durch eine vorzüglich arbeitende Läuferreihe schon zu Beginn gefährliche Situationen vor Unterreichenbacher Tor schufen. Die Halbzeit sah Altensteig bereits mit 3:0 Toren im Vorteil, und in der zweiten Hälfte gelangen weitere vier Tore, welchen Erfolgen Unterreichenbach nichts entgegenzusetzen konnte. Dem Spielverlauf entsprechend verließ sodann am Schluß Altensteig mit 7:0 als verdienter Sieger den Platz. Wie schon anfangs erwähnt, war die Unterreichenbacher Mannschaft lange nicht mehr der Gegner, wie er zu Anfang der Verbandsspiele es war. Nur der rechte Verteidiger und der Mittelfürer, sowie Halblinks konnten gefallen, während die anderen Spieler abfielen. Manchen Erfolg von Seiten Altensteigs verdichtete auch die erfolgreiche Arbeitstaktik des Gegners, auf welche die Läuferreihe Altensteigs nicht einzugehen verstand und anstatt die Bälle mit weiten Schlägen zu Vorlagen für den Sturm auszuwerten, wurde durch unnützes Juppel innerhalb der Läuferreihe manche Gelegenheit verpasst. Das war aber auch der einzige Fehler in der Mannschaft der Einheimischen, sonst klappte alles, auch der sonst als Schmerzkind bezeichnete Sturm fand sich nach und nach gut zusammen und führte, dies besonders in der zweiten Hälfte des Spieles, eine ansprechende Spielweise vor, die allgemein befriedigen konnte. Die Hintermannschaft und die Läuferreihe leistete ebenfalls ihr Bestes und der Torwächter erzielte, was ihm zufiel, mit bewährter Feinesse. Zum Schluß noch ein Wort über den Schiedsrichter des Spieles. Derselbe konnte uns diesmal nicht befriedigen. Seine Entscheidungen kamen zum größten Teil zu spät, erst dann, wenn eine strafbare Handlung schon längst geschehen war und das Spiel wieder seinen Fortgang genommen hatte, wurde geffissen und monomatisch sogar so, daß die Mannschaft, welcher der Straßstoß oder Freistoß zugebacht war, dadurch anstatt im Vorteil in Nachteil geriet. Wir können uns mit solchen Schiedsrichtern nicht zufrieden geben und erwarten von der obersten Spielleitung in dieser Hinsicht eine Besserung.

Die Verbandsspiele sind nun zu Ende, ein ehrenvoller Platz ist erworben, wir wollen jedoch nicht ruhen und ruhen, sondern in Privat- und Freundschaftsspielen uns weiter üben und kühlen. — Am kommenden Sonntag sind unsere erste und zweite Elf zu Freundschaftsspielen gegen den B-Meister „Wöhr“ Pfalzgrafenweiler verpflichtet und zwar finden beide Spiele in Pfalzgrafenweiler statt. Pfalzgrafenweiler verfügt über eine stabile und durchschlagkräftige erste Mannschaft und muß unsere erste Elf alles aufbieten, um ein ehrenvolles Resultat herauszuholen. Wir hoffen auf eine durchaus faire und dem Fußballsport dienliche Durchführung beider Spiele. H. H.

Stundfunk

Donnerstag, 13. Febr.: 6.45 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.45 Uhr Blumenleser, 15.15 Uhr Frauenleben und -Wirken, Frau und Tanz, 16 Uhr Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Das Verlöbniß, 18.35 Uhr Das menschliche Gedächtnis, Ein Smoßinger, Transformator und Sender der Wellenergie, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Bransel, Unterricht, 19.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 20.30 Uhr Nora oder ein Puppenspiel, 22 Uhr Nachrichten, 22.25 Uhr Tanzmusik.

Buntes Allerlei

p. Ein Schusterlehrling als Frauenarzt. Vor einem kleiner Sowjetgericht ist ein seltsamer Fall zur Verhandlung gekommen, der die Verhältnisse in der Sowjetunion beleuchtet. Seit drei Jahren war in dem dortigen Krankenhaus ein gewisser Doktor Kolesnikow angestellt. Er galt als eifriger Parteigenosse, weshalb man über etwaige Mängel hinweg sah. Als aber im Verlauf der Jahre über 600 Frauen unter seinem Operationsmesser gestorben waren, wurde eine Kommission eingesetzt, welche feststellte, daß der angebl. Arzt nichts anderes war als ein Schusterlehrling, der sich mit falschen Dokumenten sein medizinisches Doktorat beigelegt hatte.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Vergleichsverfahren der Eisenwerke Gansau N.G. in Gansau. Im Termin vor dem Amtsgericht Kottau wurde der neue Vergleichsvorschlag mit überwiegender Mehrheit angenommen. Die bisher vorgesehene Befriedigung der beteiligten Gläubiger mit 20 Prozent in bar und 80 Prozent in neuen Aktien bleibt unverändert, jedoch soll die Zahlung der vierteljährlichen Barquoten erst am 1. Juli 1930 beginnen. Die Befriedigung des Vergleichs erfolgt in den nächsten Tagen. Der Betrieb des Unternehmens wird im bisherigen Umfang weitergeführt.

Getreide

Fruchtpreise, Salingen: Haber 8.00-9 M. — Eilmann: Weizen 13.50, Roggen 9.30-9.50, Gerste 10.50-10.80, Hafer 8.60 M. — Nagold: Weizen 12.30-13, Dinkel 9, Roggen 11.50, Gerste 9.10-9.50, Haber 7.50-8.30 M. — Reutlingen: Weizen 13-13.50, Dinkel 9.30-9.50, Gerste 9.70 bis 10.50, Haber 7.50-9 M. — Urach: Weizen 13-13.50, Dinkel 9.50-9.80, Roggen 10, Gerste 9-9.50, Haber 7.50-8 M. — Ulm: Weizen 12.30-12.60, Roggen 8.70-9, Gerste 8.50 bis 8, Haber 7-7.60 Mark.

Markte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Februar
 Angetrieben: 30 Ochsen, 24 Bullen, 300 Junabullen, 333 Junarinder, 230 Rinde, 878 Kälber, 1539 Schweine, 2 Schafe.
 Umverkauft: 33 Junabullen, 17 Junarinder, 50 Schweine.
 Ochsen: ausgem. 50-55, vollfl. 45-48.
 Bullen: ausgem. 50-52, vollfl. 46-48.
 Junarinder: ausgem. 53-56, vollfl. 49-51, fl. 44-46.
 Rinde: ausgem. 41-45, vollfl. 31-35, fl. 24-29, ger. 18 bis 22.
 Kälber: feinste Mast- und beste Saugf. 75-79, mittl. 70 bis 74, ger. 60-68.

Schweine: über 200 Pfd. 83-85, von 210-300 Pfd. 84 bis 85, von 200-240 Pfd. 84-85, von 160-200 Pfd. 82-84, von 120-160 und unter 120 Pfd. 81-82, Sauen 67-71. Verkauf: mäßig belebt, Ueberstand in Junabullen.
Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 10. Febr. Zufuhr: 29 Ochsen 44-56, 28 Bullen 44-51, 38 Rinde 16-24, 112 Kälber 45 bis 59, 45 Kälber 54-70, 1255 Schweine 82-85. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Großvieh, Schweine und Kälber mittelmäßig, geräumt.
Schweinepreise, Salingen: Milchschweine 45-63 M. — Eilmann: Milchschweine 40-55, Käufer 75-85 M. — Heilbronn: Milchschweine 35-45, Käufer 70-80 M. — Ravensburg: Ferkel 45-60, Käufer 65-80 M. — Gausau: Ferkel 45-57 Mark.

Hofheimer Schlachtviehmarkt vom 10. Febr. Aufgetrieben waren 526 Tiere und zwar: 10 Ochsen, 15 Rinde, 41 Kälber, 17 Ferkel, 15 Kälber, 428 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 7 Stück Großvieh, 13 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 52-54, 2. 48-52, Ferkel 1. 52, 2. und 3. 50-48; Rinde 2. und 3. 40-25; Kälber 1. Kl. 53-55, 2. 50-52; Kälber 2. 76-80, 3. 72-75; Schweine 1. Kl. 79-82, 3. 79-82, 4. 79-81. — Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umhalssteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Natürliches Wetter für Donnerstag

Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Donnerstag ist immer noch heiteres, trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

Verantwortlicher Schriftleiter Erwin Bollmer.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Letzte Nachrichten

Protestkundgebung in Paris gegen die G.P.U.

Paris, 12. Februar. Die „Liberté“ hatte für Dienstagabend eine große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der G.P.U. in Frankreich organisiert. Als Redner waren u. a. gemeldet der rechtsstehende Abgeordnete Dumat, der in der Kammer bereits eine Interpellation über den Fall Kutiepoff eingebracht hat, und ein ehemaliger französischer Hauptmann, der 27 Monate in russischen Gefängnissen verbracht haben soll. Im Anschluß an diese Kundgebung hat, wie verlautet, ein Trupp von Studenten versucht, von der Seine aus nach der Sowjetbotschaft vorzudringen. Die Straßen in der Umgebung der Botschaft waren im Hinblick auf mögliche Zwischenfälle von einem außerordentlich starken Polizeiaufgebot abgesperrt worden. Soweit es gegen Mitternacht bekannt ist, ist es zu Zwischenfällen nicht gekommen.

Die Pariser Protestkundgebung gegen die G.P.U.

Paris, 12. Februar. Wie Havas berichtet, sind einige hundert Manifestanten, die keinen Platz mehr in den Saale finden konnten, in dem die Liberté die Kundgebung gegen die G.P.U. veranstaltete, zur russischen Botschaft gezogen, wo sie von einem starken Aufgebot an Polizei und republikanischer Garde zerstreut wurden. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hausfrauen-Verein Altensteig

Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel „Zum Grünen Baum“, Altensteig, Filmvorführung:

„Die Maggi-Werke in Singen am Hohentwiel“

Es werden interessante Bilder aus dem großen deutschen Nahrungsmittelwerk gezeigt und Kostproben von Maggi's Erzeugnissen verabreicht. Unsere Mitglieder sind herzlich eingeladen, die Veranstaltung zu besuchen.

Der Eintritt ist frei.

Vergesst nicht!

Jeden Abend bis 16. Februar in der Kapelle

Evangelisations-Vorträge.

Jedermann freundlich eingeladen. Saal gut geheizt.

Ein wichtiger Punkt



bei Aufgabe von Inseraten

Es ist, daß große Anzeigen am Tag vor dem Erscheinen, kleinere spätestens morgens 1/2 Uhr bei uns aufgegeben werden müssen, andernfalls sie für die nächste Nummer zurückgestellt werden müssen. Ausnahmen können nur bei Todesanzeigen gemacht werden

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“

Die Inventur-Ausverkäufe

für Schuhe in den Schuhgeschäften in Altensteig bieten jedermann große Vorteile.

Auf zurückgelehnte Artikel 20-50%

Auf nicht zurückgelehnte Artikel 10%



Sägmehl

haben laufend jeden Posten abzugeben.

Finckbeiner & Klumpp, Werk Schorrenthal.



Drachtgeflechte
 Drähte aller Art
 Drachtkiste
 billigst bei
 Berg & Schmidt
 Nagold.

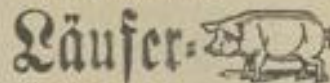
Briefhüllen

mit Aufdruck

liefert rasch und billig die
 W. Nieker'sche Buchdruckerei
 Altensteig

Garrweiler.

Ein Paar starke



Läufer-Schweine

verkauft
 Karl Dieterle.

Erinnern Sie sich daran

daß Sie die von Ihnen benötigten

Druckarbeiten und Papiere

aller Art prompt u. billig geliefert bekommen von der best eingerichteten

W. Nieker'schen Buchdruckerei

Fernsprecher 11

Altensteig

Fernsprecher 11

Der vorsichtige Sparer

sieht heute in erster Linie auf Sicherheit

Die unbedingt sicherste Anlage für Spareinlagen verbürgt das

Sparbuch

einer mildsicheren, öffentlichen Sparkassa.

Die Spareinlagen fließen restlos in Form von kleinen und kleinsten Darlehen an den Mittelstand im Bezirk

Sparer, denkt hieran und unterstützt durch Eure Einlage die heimische Wirtschaft!

Städt. Sparkasse Altensteig.



Vedviehzuchtverband des Württ. Schwarzwaldes

Frühjahrs-Zuchtviehmarkt Rottweil



Mittwoch, den 26. Februar 1930, am Tage vor dem allgemeinen Viehmarkt.

